

## **Abschlussklärung der Konferenz „Das Recht auf Gesundheit für alle“ am 17.09. 2011 in Düsseldorf**

Wir, die TeilnehmerInnen der Konferenz „Das Recht auf Gesundheit für alle“, die am Samstag, den 17. September 2011 in Düsseldorf stattfand, rufen die Landesregierung und Parteien in Nordrhein-Westfalen dazu auf, für die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne Papiere Lösungen zu entwickeln und so das Menschenrecht auf Gesundheit für alle zu verwirklichen.

In Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN wird jedem Menschen das Recht auf Gesundheit und Wohl zugesichert, „einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen“, sowie „das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit und Krankheit (...)“.

Die Realität im Jahre 2011 sieht jedoch anders aus: Menschen, die sich in unserem Land ohne gültige Papiere aufhalten, fallen durch alle Netze. Schon ihre Existenz in Deutschland wird zum Strafbestand. Sie haben keine Möglichkeit, eine legale Unterkunft oder Arbeit zu finden, soziale oder medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen oder sich für ihre Rechte stark zu machen ohne Gefahr zu laufen, verhaftet und abgeschoben zu werden.

Im Jahr 2011 sehen sich z. B. Mütter in NRW dazu gezwungen, ihre Kinder ohne medizinische Begleitung im Hausflur zur Welt zu bringen, wachsen Kinder auf, die keinen Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen oder Schutzimpfungen haben und gehen junge Menschen mit selbst geschienten Brüchen zur Arbeit, weil sie keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben.

Einige Wenige finden den Weg zu ehrenamtlichen Organisationen wie dem MediNetz Düsseldorf, der Malteser Migrantenmedizin Köln oder der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum, während die überwiegende Mehrheit ihre medizinischen Probleme auf eigene Faust lösen muss – mit teils verheerenden Folgen.

In anderen Bundesländern und Großstädten gibt es über Medinetze seit Jahren mit großem ehrenamtlich-sozialen Engagement pragmatische Hilfeansätze und wird zugleich an Konzepten gearbeitet, wie Menschen ohne Papiere in die Regelversorgung aufgenommen werden können.

Ein anonymer Krankenschein wäre nach allen bisherigen Erfahrungen das optimale Modell, den betroffenen Menschen zu ihrem Grundrecht auf Gesundheit zu verhelfen.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz fordern die Landesregierung, Kommunen und Parteien in NRW auf, das Konzept des anonymen Krankenscheins als Landesprojekt für NRW zu verwirklichen. Diskussionspunkte werden dabei sein: Zusammenspiel zwischen Land und Kommunen; Mittel der Kommunen und NRW-Fonds für die Finanzierung anonymer Krankenscheine, Anlaufstellen, Formen und Verfahren in den Kommunen (Befreiung von der Meldepflicht, Rolle der Ämter, z. B. Gesundheitsämter). Zur Entwicklung/Konkretisierung des Konzeptes sind die Erfahrungen aus Berlin, Hamburg und Bremen hilfreich.

Wir freuen uns besonders über die Einladung der anwesenden Vertreter/innen der Parteien im Landtag NRW (SPD, Grüne, Die Linke) gemeinsam eine praktische Lösung zu finden.

Die Organisatoren des Kongresses, ein breites Bündnis aus migrationspolitischen, humanitären, sozialen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Organisationen, unter anderem der Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative STAY! e.V., dem MediNetz Düsseldorf, der Caritas, der Diakonie, ver.di, NGG, attac, dem Eine Welt Forum und der Düsseldorfer AIDS-Hilfe, werden sich auch in Zukunft für dieses Ziel engagieren und die Verantwortlichen in Politik nicht aus ihrer Verantwortung lassen.